

Falk Hartig

Die Kommunistische Partei Chinas zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Richard McGregor:
The Party. The Secret World of China's Communist Rulers,
Penguin Group
(Australia), Camberwell
2010, 302 Seiten,
38,00 AUS-Dollar.

Zheng Yongnian:
The Chinese Communist Party as Organizational Emperor: Culture, Reproduction, and Transformation,
Routledge, London 2010,
272 Seiten, 115 US-Dollar.

Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) ist mit rund achtundsiebzig Millionen Mitgliedern die größte Partei der Welt. 1978 initiierte die KPCh die Reform- und Öffnungspolitik, die nicht nur China, sondern auch die Partei selbst grundlegend änderte. Seitdem hängen Macht und Legitimation der Partei vor allem an wirtschaftlichen Erfolgen, und die Partei befindet sich in einem widerspruchreichen Span-

nungsfeld zwischen partieller Entscheidungssouveränität und objektiven Zwängen. Die Auswirkungen dieser von der Partei angeschobenen Entwicklung werden in der China-Literatur erschöpfend behandelt. Die KPCh als Initiator wird allerdings erstaunlich wenig analysiert. Genau das versuchen McGregor und Zheng.

Richard McGregor berichtete mehrere Jahre für die Financial Times aus China, und sein journalistischer Stil, der Anekdoten gegenüber tief gehender Analyse bevorzugt, macht sein Buch zu einem zwar etwas oberflächlichen, aber gut lesbaren Einstieg in die Materie. McGregor beschreibt die Partei als eine in alten leninistischen Sitten verfangene, geheimniskrämerische und korrupte Organisation, die nichts von Gesetzesherrschaft hält und unnachgiebig mit ihren Kritikern umgeht, was die Verhaftung Ai Weiweis oder die Schikanen gegenüber ausländischen Journalisten in jüngster Zeit wieder

einmal gezeigt haben. Die entscheidende Frage lautet deshalb folgerichtig: Wie hat es diese Partei geschafft, an der Macht zu bleiben und eine weltweit kaum vergleichbare Wohlstandsmehrung zu initiieren?

Die „Genialität der Partei“ besteht laut McGregor in der Fähigkeit, trotz Beibehaltung der politischen Institutionen und autoritären Machtverhältnisse alter kommunistischer Prägung die ideologische Zwangsjacke abgestreift, sich aus dem Privatleben der Chinesen zurückgezogen zu haben und für stetiges Wirtschaftswachstum zu sorgen. Dabei hätten Partei und Bevölkerung einen stillen Pakt geschlossen, wonach die Partei Wohlstand generiert und die Bevölkerung im Gegenzug die Macht der Partei nicht herausfordert.

In seinem flüssig geschriebenen Buch skizziert McGregor unter anderem, wie die Partei noch immer über dem Staat steht, die Wirtschaftsreformen zu einer Fragmentierung der

Bevölkerung geführt haben oder wie die (Partei-)Zentrale in Peking immer wieder Probleme hat, ihre Politik in den Provinzen durchzusetzen.

Für China-Wissenschaftler gibt es kaum Neues, allerdings ist das Buch vor allem dann stark, wenn McGregor das tut, was er von Beruf wegen am besten kann: große Zusammenhänge anekdotisch darzustellen. Der Einfluss und die letztinstanzliche Entscheidungsgewalt der KPCh über die größten chinesischen Staatsbetriebe werden durch die „Rote Maschine“ deutlich, ein Telefon auf den Schreibtischen der Chefs der größten Staatsfirmen. Damit sichert sich die Partei in Wirtschaftsfragen nach wie vor das letzte Wort. In Zeiten modernster Kommunikationsmittel mögen diese „Roten Maschinen“ mit ihren verschlüsselten Leitungen anachronistisch wirken, allerdings sind sie das „ultimative Statussymbol“, welches nur an Personen vergeben wird, die mindestens den Rang eines „Vize-Ministers“ haben.

Dieser direkte Zugriff sorgte dafür, dass die chinesischen Staatsbanken während der Finanzkrise 2008 unter Anleitung der Partei Entscheidungen trafen, die die chinesische – und globale – Wirtschaft

wohl vor Schlimmerem bewahrten. Allerdings entstehen auch Probleme, wenn Parteiinteressen gegen eklatante Missstände durchgesetzt werden müssen. McGregor rekapituliert das Beispiel des Milchkonzerns Sanlu, der kurz vor Beginn der Olympischen Spiele 2008 feststellte, dass zahlreiche seiner Produkte (darunter Babynahrung) kontaminiert waren. Die Chefin der Firma untersagte eine Rückrufaktion und nahm so in Kauf, dass die unreinigten Produkte weiter verkauft wurden. Ein Rückruf hätte ihrer Meinung nach gegen eine Parteidirektive verstoßen, welche keine Zwischenfälle vor und während der Spiele forderte.

Zahlreiche Beispiele illustrieren Wesen und Wirkungsweise dieser Partei, die in China nicht einmal als Organisation registriert ist. Eine Registrierung ist für alle Organisationen gesetzlich notwendig, und die Nichteinhaltung ihrer eigenen Vorgaben verdeutlicht, dass die Partei außerhalb chinesischer Rechtsnormen steht und agiert.

Während dieser Stil für ein Sachbuch durchaus akzeptabel ist, stellt der Endnotenapparat ein wirkliches Ärgernis dar. Zwar findet der Leser im Anhang 272 Endnoten, muss aber überaus mühsam

die entsprechenden Textstellen identifizieren, da im Text selbst unbegreiflicher Weise nicht eine Endnote aufgeführt ist.

Die Partei als organisatorischer Kaiser

Eine detaillierte Analyse der KPCh liefert Zheng Yongnian. Zheng, der China 1990 verließ und nach Stationen in den USA und England Professor in Singapur ist, gehört zu den profiliertesten und produktivsten China-Wissenschaftlern und ist der festen Überzeugung, dass man das heutige China nicht wirklich verstehen kann, wenn die KPCh als wichtigster politischer Akteur ignoriert wird. Deshalb plädiert Zheng seit einigen Jahren dafür, der Partei wissenschaftlich wieder mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Seine zentrale These lautet, dass die KPCh ein Produkt der chinesischen Kultur ist und somit eine komplett andere Art politischer Partei als Parteien im Westen. Zheng zufolge übt die KPCh ihre Macht ähnlich aus wie die Herrscher im Alten China, weshalb er die Partei als „organisatorischen Kaiser“ begreift. Ähnlich wie die Kaiser ihre jeweiligen Dynastien schufen, kreierte die KPCh 1949 den neuen chinesischen Staat. Indem sie den Staat

schuf, stand die Partei von Anfang an über diesem und war nicht wie westliche Parteien Teil der staatlichen Institutionen und auch kein „natürliches“ Produkt der politischen Entwicklung.

Ähnlich den Kaisern im dynastischen China, die sich als einzig legitime Herrscher verstanden, sieht sich die KPCh heute als einzig legitime regierende Partei, womit das Kaisertum eines Individuums zum modernen Kaisertum einer Organisation wurde. Und wie die Kaiser damals kann auch die Partei heute ihre Macht nur mithilfe eines Apparates und Machtdelegation an die Regionen ausüben. Dabei meint Dezentralisierung von Macht mitnichten Machtteilung, da diese Idee nicht Teil der chinesischen Kultur war.

Überhaupt stellt Zheng dar, dass das Konzept politischer Parteien im Alten China nicht existierte und erst im Zuge des Niedergangs des imperialen Systems Ende des neunzehnten Jahrhunderts in China Einzug hielt. Dabei war das leninistische Parteiensystem mit der Betonung der Einheit politischer Macht der traditionellen chinesischen Kultur näher als westliche Parteiensysteme mit dem Konzept der Machtteilung. So wurde aus dem

alten „Alle Macht dem Kaiser“ ein modernes „Alle Macht der Partei“.

Mehrparteiensystem unerwünscht

Neben dieser Entwicklungslinie verdeutlicht Zheng auch, wie sich die Partei in den vergangenen dreißig Jahren verändert hat: Seit 2002 können Kapitalisten offiziell eintreten, die Ideologie wurde zunehmend durch Pragmatismus abgelöst, und durch die Einführung von Beförderungskriterien und Rücktrittsregelungen wurden parteiinterne Abläufe institutionalisiert.

Doch auch wenn sich die Partei im Zuge der sozioökonomischen Entwicklungen verändert hat, so ist ihre strukturelle Dominanz über Staat und Bevölkerung erhalten geblieben. Deshalb ist sie selbst das größte strukturelle Hindernis für die Herausbildung einer westlichen Demokratie in China. Nichtsdestotrotz konstatiert Zheng, dass die KPCh gewillt ist, demokratische Elemente zuzulassen, um ihre Macht und Legitimation zu sichern. Neben Wahlen auf der Lokalebene zählt für ihn vor allem die innerparteiliche Demokratie zu diesen Elementen. Innerparteiliche Demokratie wird in Ansätzen bereits praktiziert, um die divergierenden

Interessen der verschiedenen sozialen Schichten innerhalb der Partei besser orchestrieren zu können.

Vor diesem Hintergrund besteht für Zheng auch der praktikabelste Weg für eine Demokratisierung des politischen Systems Chinas zunächst in der formalen Akzeptanz von Fraktionen innerhalb der Partei, die es schon lange gibt, und in der Institutionalisierung der innerparteilichen Demokratie. Dabei ist ihm allerdings wichtig festzuhalten, dass diese Veränderungen nicht zwingend zu einer westlichen Demokratie in China führen müssen. Entscheidend für eine Demokratie westlicher Prägung sei ein Mehrparteiensystem, welches Zheng in naher Zukunft für China nicht sieht. Auch weist er darauf hin, dass bis auf einige Dissidenten innerhalb und außerhalb Chinas auch die Mehrheit der Bevölkerung nicht nach einem solchen System verlangt.

Diese Einsicht mag für westliche Beobachter ernüchternd sein, besonders, da sie die Schlussfolgerung aus beiden Büchern unterstützt, nämlich dass die Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas auf absehbare Zeit wohl nicht wirklich in Gefahr ist.